

Sind politische Ankündigungen vertrauenswürdig?

Am Beispiel der Armutsbekämpfung

■ ADALBERT KRIMS

„In einem der reichsten Länder der Welt, leben mittlerweile eine Million Menschen – die Mehrzahl davon sind Frauen – an der Armutsgrenze oder bereits in Armut. Das ist eine Schande. Und dafür trägt die Bundesregierung die Verantwortung.“ (Barbara Prammer, 7. 9. 2006 – damals Zweite, inzwischen Erste Nationalratspräsidentin).

„Eine der Herausforderungen jedenfalls ist die in Österreich vorhandene Armut. In einem reichen Land wie Österreich stellt die wesentliche Reduktion von Armut – den entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt – eine lösbare Aufgabe dar.“ (Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode, 11. 1. 2007 – also das gültige Programm der derzeitigen SPÖ-ÖVP-Koalition).

Bekanntnisse von führenden PolitikerInnen der beiden Regierungsparteien zur Armutsbekämpfung sind zahlreich. Und – im Gegensatz zum Koalitionsübereinkommen von 2003 (zweite ÖVP-FPÖ-Regierung) enthält das Programm der Regierung Gusenbauer/Molterer ein ganzes Kapitel zum Thema „Armutsbekämpfung“. Für eine Regierung, die mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament ausgestattet ist, dürfte es eigentlich nicht schwierig sein, die gemeinsamen Bekanntnisse auch in die Praxis umzusetzen. Und es kommen auch laufend Erfolgsmeldungen: die Mindestsicherung wird umgesetzt (laut Regierungserklärung von Bundeskanzler Gusenbauer „eines der europaweit modernsten Instrumente zur Armutsbekämpfung“); die Pflegereform wird die 24-Stunden-Betreuung Pflegebedürftiger leistbar machen; die Steuerreform wird weitere Entlastungen für die unteren (und mittleren) Einkommen bringen usw. usw.

Die Ankündigungen klingen gut. Wenn man aber das „Kleingedruckte“ liest und sie vor allem in den Gesamtzusammenhang der Regierungspolitik stellt, dann sieht die Erfolgsbilanz schon etwas bescheidener aus.

Die „bedarfsorientierte Mindestsicherung“ wurde erstens nicht gleich zum Regierungsantritt eingeführt, sondern soll erst 2009 kommen; zweitens ist sie mit 747 Euro zu niedrig, um Menschen tatsächlich aus der Armutsfalle herauszuführen und drittens ist sie an viele Bedingungen geknüpft. Die „Armutskonferenz“ (ein Netzwerk von Sozialorganisationen und -initiativen, darunter auch zahlreiche aus dem katholischen und evangelischen Bereich) spricht deshalb auch von einem „Etikettenschwindel“. Die neue Mindestsicherung sei im Wesentlichen die alte Sozialhilfe und es werde auch weiterhin neun verschiedene Standards geben, kritisiert die Armutskonferenz und stellt grundsätzlich fest: „Die Tatsache, dass wesentliche Leistungen nicht mit einem Rechtsanspruch versehen sind, führt dazu, dass das Ziel, das unterste Netz armutsfest zu machen, nicht erreicht wird.“ Natürlich wird es Arme geben, für die die Mindestsicherung Vorteile gegenüber der bisherigen Situation bringen wird. Aber diese werden relativ gering sein – und für den Großteil der SozialhilfeempfängerInnen wird sich de facto gar nichts ändern. Von einem „großen Wurf“ bei der Armutsbekämpfung kann jedenfalls keine Rede sein.

Noch trister sieht die Bilanz bei der „Pflegereform“ aus. Das Pflegegeld ist generell viel zu niedrig – und selbst wenn die „Maximalforderung“ von Sozialminister Erwin Buchinger verwirklicht würde (was aber sicher nicht der Fall sein wird), könnte durch eine 5prozentige Erhöhung des Pflegegeldes per 1.1.2009 nicht einmal der



Adalbert Krims, geboren 1948 in Freistadt OÖ., war katholischer Jugendfunktionär und Religionslehrer in Linz. 1970 Übersiedlung nach Wien und zunächst Redakteur bei der Monatszeitschrift „Neues Forum“. Dann bis 1990 Informationsarbeit bei verschiedenen entwicklungspolitischen Organisationen. Seit 1991 Redakteur beim ORF, seit 2003 in der Hörfunk – Religionsabteilung.

■ „In der Armutsbekämpfung, in der Pflege und in Bildungsmaßnahmen für sozial Benachteiligte muss man um jeden Euro kämpfen, wenn es um die einflussreichen Interessen geht, ist Geld plötzlich kein Problem mehr.“

in den vergangenen Jahren akkumulierte Wertverlust ersetzt werden. Denn seit seiner Einführung 1993 ist das Pflegegeld erst drei Mal angehoben worden, jedes Mal zwischen 2,0 und 2,8 %. Das heißt, das Pflegegeld hat über die Jahre massiv an Wert verloren. Das Sozialministerium geht von rund 17 % Kaufkraftverlust aus, Hilfsorganisationen berechnen den Verlust weit höher, nämlich zwischen 20 und 34 %, und da sei die Teuerung der Pflegedienste noch gar nicht eingerechnet. Die Neuregelung der 24-Stunden-Betreuung, die ebenfalls von der Regierung als „bahnbrechende Reform“ gelobt wurde, betrifft erstens nur rund 5 % aller Pflegefälle und ist auch für diese viel zu teuer. Da die häusliche Pflege bisher entweder durch Angehörige (daran ändert sich nichts) oder durch illegales (oft ausländisches) Personal geleistet wird, bringt die Legalisierung zumindest für einen Teil dieses Personals sozialrechtliche Vorteile. Und dass Pflegebedürftige einen über das Pflegegeld hinausgehenden Zuschuss erhalten, ist ebenfalls positiv – nur ist dieser viel zu gering, damit die 24-Stunden-Betreuung für DurchschnittsverdienerInnen – vor Armen ganz zu schweigen – leistbar wird.

Steuerreform kein Beitrag zur Armutsbekämpfung

Was die Steuerreform betrifft, wäre sie für Arme überhaupt nur dann von Relevanz, wenn es zu einem Ausbau der „Negativbesteuerung“ käme. Aber diese – ursprünglich von SPÖ und Gewerkschaften erhobene – Forderung ist inzwischen von Bundeskanzler Gusenbauer offiziell zurückgezogen worden. Insofern wird die für 2010 geplante Steuerreform jedenfalls kein Beitrag zur Armutsbekämpfung sein, weil Arme bzw. Armutgefährdete ohnehin keine personenbezogenen Steuern zahlen. Der von der Regierung als Kompensation beschlossene Wegfall bzw. die Reduzierung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags für niedrige Einkommen, bringt zwar einer kleinen Gruppe von Beschäftigten ein geringes Mehr-Einkommen – andere NiedrigverdienerInnen (wie PensionistInnen, Arbeitslose, Selbständige ...) gehen aber leer aus.

Die „Armutsbekämpfung“ kann aber nicht nur an den genannten (unzureichenden) Maßnahmen gemessen werden, sondern muss in einen größeren politischen Zusammenhang gestellt werden. Und da zeigt sich (nicht nur in Österreich), dass schon über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahrzehnten die Besitzeinkommen und Einkünfte aus Finanzvermögen stark ansteigen, die durchschnittlichen Reallöhne geringer steigen als die gesamtwirtschaftliche Produktivität und es bei den Niedrigsteinkommen sogar Reallohnverluste gibt. Dieser Entwicklung müsste eine auf soziale Gerechtigkeit bzw. „faire Verteilung“ ausgerichtete Politik entgegenwirken.

Niedrige Einkommen stärker belastet

Vielfach ist jedoch das Gegenteil der Fall: „Auf immer mehr Vermögen gibt es immer weniger Steuern. Dafür: Auf sinkende Löhne immer mehr Abgaben. Das unterste Einkommensdrittel wird durch Massensteuern doppelt so stark belastet wie das oberste“, stellte die Armutskonferenz unter Berufung auf die Statistik Austria fest. Österreich hatte schon bisher die niedrigsten vermögensbezogenen Steuern in der EU (0,6 % gegenüber 2,2 % im EU-Schnitt). Und trotzdem werden Vermögen noch weiter entlastet. „Österreich wird zum einzigen westlichen Industrieland, das weder eine Vermögenssteuer, noch eine Börsenumsatzsteuer, noch eine Erbschafts- und Schenkungssteuer hat“, kritisierte die Armutskonferenz. Die Katholische Sozialakademie meinte erst kürzlich: „Während NiedriglohnbezieherInnen, Erwerbslose, Sozialhilfe-BezieherInnen und überhaupt der Faktor Arbeit übermäßig stark gefordert und belastet werden, werden Reiche kontinuierlich entlastet“. Abschließend noch ein Zitat der Armutskonferenz: „In der Armutsbekämpfung, in der Pflege und in Bildungsmaßnahmen für sozial Benachteiligte muss man um jeden Euro kämpfen, wenn es um die einflussreichen Interessen geht, ist Geld plötzlich kein Problem mehr.“ Wer sprach da von „Schande“ und von „politischem Willen“?